

Kreistagssitzung 19.11.2018
Haushaltsrede
(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste.

War das noch Wetter oder ist das schon Klima? Hinter uns liegt ein heißer und enorm trockener Sommer und auch im Oktober konnten die Wetterstationen so manchen Temperaturrekord vermelden. Im Frühjahr 2017 dagegen gab es Frostschäden durch ungewöhnlich tiefe Temperaturen. Im Sommer davor verwüsteten Unwetter Teile von Deutschland. Diese Liste ließe sich fortsetzen und zeigt vor allem Eines: Die Wetterextreme haben rasant zugenommen. Der Klimawandel lässt sich nicht mehr leugnen – er ist längst eingetreten. Nicht mehr irgendwo in der Welt, sondern direkt vor unserer Haustür.

Auch wir sind gefordert aktiv zu werden um die Erderwärmung zu stoppen. Die Zukunft der Erde und der Meere ist abhängig von unserem Handeln – nicht erst in der Zukunft sondern bereits heute, ganz egal wo wir uns befinden. Auch hier im Rems-Murr-Kreis.

Sehr geehrter Herr Landrat, bei der Einbringung des HH wiesen Sie mehrfach darauf hin, dass der Rems-Murr-Kreis **einzigartiges** zu bieten hat. Wir stimmen Ihnen da zu. Es gelingt dem Kreis noch nicht immer, aber immer öfter einzigartig zu sein.

Klimaschutz

Wir möchten auch gerne beim Klimaschutz einzigartig sein und als Vorbild unsere Kommunen und unsere Bürgerinnen und Bürger zur Mitarbeit motivieren. Bereits 2012 verabschiedeten wir unser erstes Klimaschutzprogramm. Damals setzten wir uns das Ziel, in diesem Bereich „Musterlandkreis“ zu werden. Die Zwischenbilanz 2015 war jedoch ernüchternd. Trotz unserer Bemühungen war der CO₂-Ausstoß nicht gesunken, sondern sogar gestiegen. Und zwar nicht nur aufgrund von Neuberechnungen. Unsere deutlichen Einsparungen bei den kreiseigenen Liegenschaften wurden durch Auswirkungen des Wirtschaftswachstums aufgeessen. Mit diesem Ergebnis waren wir alle nicht zufrieden. Die Entwicklung neuer Maßnahmen war für uns selbstverständlich. Wir Grüne haben die Möglichkeit, Ideen und Vorschläge für das 3. Klimaschutz-Handlungsprogramm einzubringen, gerne und umfassend genutzt. Nun gibt es mit einem Volumen von 4,6 Mio. Euro für die nächsten 4 Jahre nicht nur Maßnahmen für unsere Liegenschaften, sondern besonders auch vielfältige Projekte zur Unterstützung unterschiedlichster Zielgruppen. Wir hoffen sehr, dass das Klimaschutz-Handlungsprogramm heute eine große Mehrheit findet.

Im Bereich Verkehr wird der CO₂-Ausstoß vor allem durch den motorisierten Individualverkehr verursacht. Deshalb müssen wir dringend Maßnahmen ergreifen, damit der Verkehr umweltfreundlicher wird. Dies kann nur durch einen attraktiven ÖPNV, umweltfreundliche Fahrzeuge und die Erweiterung des Radverkehrs gelingen.

Für uns im Großraum Stuttgart ist es einzigartig, dass wir ab 1. April 2019 nicht mehr 52 sondern nur noch 5 Tarifzonen haben. Diese große Tarifreform des VVS war nur möglich unter dem Druck der Feinstaub-Debatte und drohenden Fahrverboten in Stuttgart. Land, Landkreise und die Stadt Stuttgart investieren gemeinsam jährlich ca. 42 Mio. Euro, dadurch wird der ÖPNV für die meisten Nutzerinnen und Nutzer deutlich günstiger und attraktiver. Wir hoffen dadurch auf eine deutliche Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs.

Derzeit nutzen ca. 12% der Mitarbeitenden der Landkreisverwaltung das mit 25 € bezuschusste Firmenticket. Wir wünschen uns, dass viel mehr Mitarbeitende den umweltfreundlicheren ÖPNV nutzen. Deshalb sollten wir hier zusätzliche Anreize schaffen. Wir beantragen, dass ab 1. April 2019 (mit in Kraft treten der Tarifzonenreform) die Mitarbeitenden des Landratsamtes, unabhängig von den Zonen einen Zuschuss von 50% zum Firmenticket erhalten. Für die Auszubildenden beantragen wir die Übernahme der gesamten Kosten für das Firmenticket. In beiden Fällen wäre der Landkreis auch ein Vorbild für Kommunen und Unternehmen im Kreis.

Ein Beitrag zum Klimaschutz ist auch die Neuausrichtung unseres Fuhrparks. Die Anschaffung von 13 Elektrofahrzeugen und einigen Pedelecs gewährleistet bei vielen erforderlichen Wegstrecken eine CO₂-freie Fahrt. Dies trifft natürlich nur zu, wenn Öko-Strom getankt wird.

Wir Grüne werden auch nicht müde daran zu erinnern, dass der Radverkehr die umweltfreundlichste Alternative des Individualverkehrs ist. Voraussetzung ist ein gut ausgebautes, lückenloses Radwegenetz, ohne Schlaglöcher oder sonstige Hindernisse. Dies ist im Rems-Murr-Kreis leider noch immer nicht vorhanden. Deshalb stellen wir den Antrag, die vorhandenen Radwege-Lücken zu identifizieren und eine Prioritätenliste zur Beseitigung der Beeinträchtigungen zu erstellen.

Nicht nur Autos benötigen Parkflächen. Mitarbeitende sowie Besucher und Besucherinnen, die mit dem Fahrrad oder Pedelec zur Kreisverwaltung kommen, benötigen ausreichend Abstellplätze und auch Ladestationen. Bei der Planung neuer Verwaltungsgebäude sollten ausreichend Duschen und Umkleieräume nicht vergessen werden, damit das erfolgreiche Projekt „bike and work“ auch in der Landkreisverwaltung möglich ist.

Immobilien

Nach einer genauen Betrachtung der vorhandenen, im ganzen Stadtgebiet Waiblingen verstreuten Verwaltungsstandorte, hat sich der Kreistag im Juli 2018 entschieden, zeitgemäße Gebäude und Arbeitsbedingungen für die Kreisverwaltung zu planen. Die Umsetzung dieses Gesamtimmobilienkonzepts kann nur nach und nach (nach Kasenslage) erfolgen. Durch diese Entscheidung können kostenintensive Sanierungen der Liegenschaften vermieden und attraktive Arbeitsplätze geschaffen werden. Auch bei den neuen Immobilien der Landkreisverwaltung möchten wir **einzigartig** sein. Wie stellen den Antrag, dass der geplante Neubau neben der Polizei im Passivhaus-Standard ausgeschrieben und umgesetzt wird.

Außerdem beantragen wir, dass bei Gebäuden des Kreises und der Kreisgesellschaften, egal ob Neubau oder Bestandssanierung, zukünftig die zulässigen CO₂-Emissionen in Abhängigkeit vom Gebäudetyp 50 % unter den Werten der Referenzgebäude der Energiesparverordnung liegen.

Bezahlbarer Wohnraum

Wohnen ist ein wichtiges Grundbedürfnis des Menschen. Inzwischen haben besonders Bürgerinnen und Bürger mit geringen Einkommen allergrößte Schwierigkeiten, bezahlbaren Wohnraum am regulären Wohnungsmarkt zu finden. Dies ist eine Folge der vollkommen verfehlten Wohnungsbaupolitik früherer Jahre. Die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum ist der Grüne Kreistagsfraktion ein Kernanliegen. Wir sind froh darüber, dass die Landespolitik mit einem Landeswohnraumförderprogramm unterstützt und auch der Bund allmählich merkt, dass hier der Staat gefragt ist, da der private Wohnungsmarkt keinem sozialen Wohnraum schafft. Mit der Kreisbaugruppe haben wir hier eine kompetente Beteiligungsgesellschaft, die bereits früh Konzepte mit Fokus auf den sozialen Wohnungsbau erarbeitet hat und auch die Kommunen im Kreis unterstützt. An dieser Stelle vielen Dank an Herrn Braune und sein engagiertes Team. Unsere Entscheidung, durch die Kreisbaugruppe in den nächsten 10 Jahren 500 bezahlbare Wohnungen im Rem-Murr-Kreis zu schaffen ist einzigartig – aber auch konsequent.

Rems-Murr-Kliniken

Für uns **einzigartig** ist die Medizinkonzeption der Rems-Murr-Kliniken. Mit ihr stellen die Kliniken ihre hohe Leistungsfähigkeit transparent dar. Dieses hohe medizinische Niveau in vielen Fachbereichen ist das Ergebnis der intensiven Zusammenarbeit von Klinikleitung und Bediensteten an den beiden Klinikstandorten Winnenden und Schorndorf.

Die RMK sind auf einem guten Weg der finanziellen Konsolidierung, dazu hat auch die Zusage des Sozialministeriums für die Planbettenerweiterung ganz wesentlich beigetragen. Ohne die hohen Schulden für den Neubau wären die Belastungen für den Kreis bald überschaubar.

Aber noch können wir uns nicht entspannt zurück lehnen, der Erfolg einer Klinik ist nicht nur von der Spitzenmedizin abhängig. Auch ein einfühlsamer Umgang mit den Patientinnen und Patienten und Verständnis für ihre schwierige Situation trägt zum Wohlbefinden und damit zur Genesung bei. Dafür benötigen wir sehr gut ausgebildete Pflegekräfte, die auch die Zeit haben, sich zu kümmern. Die bereits ergriffenen Maßnahmen zur Personalgewinnung sind richtig, reichen aber noch nicht aus. Ein kliniknahes Wohnraum-Angebot für Mitarbeitende wäre für die Gewinnung von Fachkräften sicher hilfreich.

Eine weitere große Herausforderung ist das Entlassmanagement. Wenn Patientinnen und Patienten nicht mehr krank genug für eine weitere stationäre Behandlung sind, aber noch nicht in der Lage sind sich selber zu versorgen, wissen sie oft nicht, wie sie diese Situation bewältigen sollen. Kurzzeitpflegeplätze sind kaum vorhanden und die Angehörigen sind oft mit der Pflege zu Hause überfordert. Besonders schwierig sind Entlassungen kurz vor dem Wochenende, wenn die betreuenden Hausärzte nicht wie vorgesehen einbezogen werden können. Hier sollten Strukturen entwickelt werden, die den Kranken helfen und sie nicht verunsichern oder sogar ängstigen.

Sozialhaushalt

Über 66 % der Ausgaben - das sind ca. 2/3 im aktuellen Haushalt - entfallen auf den Sozial- und Jugendbereich. Hier unterscheiden wir uns kaum von anderen Landkreisen. Wir sind zu diesen Leistungen verpflichtet und haben darauf keinerlei Einfluss. Gesetzesänderungen führen schnell zur Erhöhung der Ausgaben, so beispielsweise auch die Änderung zum Unterhaltsvorschuss im Juli 2017. Sie bewirkt bei uns eine Verdoppelung der Fälle und einen entsprechenden Anstieg der Kosten.

Die Landkreise bleiben auch nach der großen Reform der Sozialgesetzgebung und mit der Einführung des Bundesteilhabegesetzes zuständig für die Hilfeplanung und Gewährung von Hilfen für Menschen mit Unterstützungsbedarf. Bei der Eingliederungshilfe soll künftig noch viel stärker als bisher vom individuellen Hilfebedarf der betroffenen Menschen ausgegangen werden. „Personenzentrierte Hilfgewährung“ ist hier das Stichwort. Dafür müssen entsprechende Bedarfsermittlungsinstrumente entwickelt werden. Das ist eine Mammutaufgabe für alle Beteiligten, für das Sozialamt, für die Einrichtungen und für die Betroffenen selbst. In Ba-Wü nahezu einzigartig ist, dass der Rems-Murr-Kreis als einer der beiden Landkreise ausgewählt wurde (bundesweit sind es 31), die im Rahmen von Modellprojekten die Umsetzung des neuen Bundesteilhabegesetzes innerhalb von 4 Jahren erproben können. Die hierfür gewährte Bundesförderung von 292.000 Euro reicht allerdings bei weitem nicht für den zusätzlichen Aufwand aus. Da muss der Bund finanziell nachlegen!

Schulden

Leider ist auch der Schuldenberg des Rems-Murr-Kreises im Blick auf Ba-Wü einzigartig. Der Kernhaushalt ist noch im Rahmen, aber wir können nicht so tun, als gäbe es die Schulden der Rems-Murr-Kliniken nicht. Dadurch belegen wir leider Platz 1 bei der Verschuldung der Landkreise, in diesem Fall eine unrühmliche Spitzenposition. Unser Schuldenberg ist ca. dreimal so hoch wie der Landesdurchschnitt. Diese Zahlen sprechen für sich. Aus Sicht der Grünen Kreistagsfraktion können wir es uns nicht leisten, im kommenden Jahr eine Nettoneuverschuldung von mehreren Mio. Euro einzuplanen.

Wir sollten uns freuen, dass wir durch die voraussichtlichen Überschüsse aus dem Jahr 2018 zwischen 8 und 12 Mio. Euro Schulden abbauen können. Dieses Ergebnis wurde nicht durch einen aufgeblähten Haushalt sondern durch unerwartete Einnahmen erreicht. Wir sollten dies aber nicht als Aufforderung sehen, gleich eine neue Schuldenaufnahme einzuplanen. Das wäre aus der Sicht von B90/die Grünen kontraproduktiv zu einem konsequenten Schuldenabbaukonzept.

Deshalb beantragen wir „Keine Nettoneuverschuldung im HH 2019“.

Kreisumlage

Die Steigerung der Steuerkraftsumme um 6,6% bei Gemeinden und Städten im Rems-Murr-Kreis ist für uns alle erfreulich. Nachdem im letzten Jahr die Steigerungen im Vergleich zu den anderen Landkreisen bescheiden waren, kamen die wirtschaftlichen Verbesserungen endlich auch bei uns an. Darüber können wir uns freuen. Die Landkreisverwaltung sah das als eine Möglichkeit, die rote Laterne bei der Kreisumlage endlich abzugeben und schlug die Senkung der Kreisumlage auf 34%-Punkte vor. Dies ist jedoch nur möglich, wenn wir dafür eine Nettoneuverschuldung in Kauf nehmen.

Es ist eine alte Weisheit, dass man in wirtschaftlich guten Zeiten Schulden tilgen muss, denn in schlechten Zeiten hat man dafür keinen Spielraum. Wenn wir ehrlich sind wissen wir alle, dass der Aufschwung nicht ewig andauert. Herr Landrat, Sie haben bei der Einbringung des Kreishaushaltes darauf hingewiesen und auch Sie Herr Dr. Nopper bei Ihrer Haushaltseinbringung in Backnang. Das ist also keine Schwarzmalerei von uns Grünen sondern ein nüchterner Blick auf die Realität.

Der hier vorliegende Haushalt ist das Ergebnis unserer gesetzlichen Verpflichtungen und unserer Beschlüsse, die wir gemeinsam als Kreistag getroffen haben. In den nächsten Wochen kommen noch weite Erhöhungen, z.B. durch die Tagespflege oder durch unsere Beschlüsse, hinzu. All diese Dinge müssen finanziert werden, ohne die Aufnahme neuer Schulden. Deshalb beantragen wir eine Kreisumlage in der Höhe, die eine Nettoneuverschuldung ausschließt.

Zum Schluss herzlich Dank an Sie Herr Landrat und an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und der kreiseigenen Gesellschaften für ihre gute Arbeit und für ihr Engagement.

Vielen Dank.